

«Wir sitzen alle im gleichen Boot»

Helmut Hersberger, der neue Präsident des trinationalen Oberrheinrats, fordert ein grenzübergreifendes U-Abo

Von Peter Schenk

Basel. Der Basler Grossrat Helmut Hersberger ist gestern in Strassburg einstimmig zum neuen Präsidenten des Oberrheinrats gewählt worden. Er ist Nachfolger von Philippe Richert, Präsident der Region Elsass und französischer Minister für Raumplanung. Die Präsidentschaft dauert ein Jahr. In dem Gremium, das eine Art Parlament der Oberrheinregion ist, treffen sich regelmässig 71 Politiker aus der Südpfalz, dem Elsass, Baden und der Nordwestschweiz – Letztere ist darin mit elf Politikern vertreten.

Der Oberrheinrat wurde 1997 gegründet und hatte 1998 in Strassburg seine konstituierende Sitzung. Helmut Hersberger ist der vierte Schweizer Präsident. Vor ihm wurden in das Amt gewählt: Rita Schiavi (BastAl) im Jahr 2000, Peter Schai (CVP) 2003 sowie Bea Fuchs (SP) 2008. Eigentlich wäre 2011 Baden-Württemberg mit der Präsidentschaft an der Reihe gewesen, aus personellen Gründen wurde aber die Präsidentschaft Basels vorgezogen.

BaZ: Herzlichen Glückwunsch, Herr Hersberger. Sie sind Präsident des Oberrheinrats. Was bedeutet das für Sie?

Helmut Hersberger: Das ist wie immer bei neuen Funktionen eine Ehre und eine Pflicht. Ehre in dem Sinne, dass ich im Oberrheinrat seit sechs Jahren mitarbeite und dieses Organ kennen und schätzen gelernt habe. Andererseits ist es die Pflicht, gerade im schwierigen trinationalen Umfeld etwas Konkretes zu bewegen.

Das Gebiet des Oberrheinrats geht von der Nordwestschweiz bis in die Südpfalz und bis Karlsruhe. Ist das nicht viel zu weit weg und zu gross für die Region Basel?

Das Oberrheingebiet hat sechs Millionen Einwohner, und das ist in Europa

eine überschaubare Grösse. Wir sind in der Schweiz mehr Kleinstädlichkeit gewohnt, aber es ist nicht zu verkennen, dass die Metropole Basel weit über die Distanzen ausstrahlt, die wir uns normalerweise ansehen.

Was kann der Oberrheinrat Basel bringen?

Die Frage ist falsch gestellt. Wir haben als Schweizer oft die Tendenz, eine Aktivität mit der Frage anzugehen, was uns das bringt. Ich würde fragen, was es uns allen bringen kann.

«Wir haben als Schweizer die Tendenz, uns zu fragen, was uns das bringt.»

Und was antworten Sie darauf?

Wir haben in dieser Region verschiedenste Fragestellungen und Probleme, die keines der Länder alleine lösen kann. Schauen Sie die Problematik der Atomenergie an: Wir sitzen alle im gleichen Boot und müssen das gemeinsam angehen.

Statt die Schliessung des umstrittenen Atomkraftwerks Fessenheim zu fordern, hat sich der Oberrheinrat dafür eingesetzt, alle acht Atomkraftwerke in der erweiterten Region zu untersuchen. Damit verwässern Sie doch längst klare Positionen.

Wir wollen, dass die Standorte in der Region unter gleichen Kriterien überprüft werden. Erst dann können wir entscheiden, welche Standorte unzumutbar sind. Mir ist wichtig, die Franzosen nicht zu brüskieren, denn das würde zu einer Verhärtung der Positionen führen. Frankreich hat unsere Stellungnahme sehr geschätzt. Letztlich ist für uns der Unterschied marginal, ob es mit Fessenheim, Mühleberg oder einem deutschen Standort Probleme gibt. Bei einem Unfall in Mühle-

Zur Person

Helmut Hersberger (60, FDP) vertritt seit 2005 Bettingen im Basler Grossen Rat. Er hat sich von Beginn an für die trinationale Kooperation interessiert und ist Mitglied der Regionalkommission. Auch im Oberrheinrat ist er seit 2005 vertreten. Dort leitete er längere Zeit die Kommission für Wirtschaft und Arbeitsmarkt und setzte sich unter anderem mit Themen wie Geothermie und Atomenergie auseinander. Hersberger ist studierter Betriebswirt und hat seit 20 Jahren eine Firma für Unternehmensberatung mit Schwerpunkt Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität. psc

berg sind wir genauso betroffen, wie wenn etwas in Fessenheim passiert. Die Distanzen spielen da eine relativ geringe Rolle.

Was können Sie mit dem Oberrheinrat überhaupt bewirken? Sie haben weder Budget noch Beschlussgewalt.

Das ist systemimmanent. Es kann ja nicht sein, dass wir über die Grenzen hinweg für Frankreich einen Entscheid fällen. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass solche trinationalen Gremien den Dialog über die Grenze ermöglichen. Wenn der Oberrheinrat einen wichtigen Beschluss fällt, dann können die Mitglieder in ihre Parlamente zurückgehen und im jeweiligen Land eine entsprechende Massnahme erwirken oder diese anregen. In der ganzen Atomdiskussion wurden wir wahrgenommen und man hat uns gehört. Allerdings sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Frage der Katastrophenhilfe ungenügend beantwortet ist. Bei einem Atomunfall würde die nationale Ausrichtung der Katastrophenhilfe zu einer mittleren Katastrophe führen.

Neben der Atomkraft stand gestern auch die Biodiversität auf der Tagesordnung. Worum ging es?

Das ist das alte Anliegen, Naturschutzgebiete am Oberrhein über die Grenzen hinweg zu vernetzen, damit wir die Artenvielfalt sichern können. Ein weiteres Thema war Interreg – die Finanzierung grenzüberschreitender Projekte mithilfe der EU.

Interreg ist insbesondere für die Schweiz eine Erfolgsgeschichte. Interreg hat zum Beispiel die Kartografie bezüglich Wissens-Cluster am Oberrhein entscheidend weitergebracht. Wir wissen so genauer, was es im Bereich Life Sciences in unserer Region gibt. Auch der Oberrheinische Museumspass wurde Interreg-finanziert, ebenso die grenzübergreifen-

den Informationszentren Infobest. Wir wollen bekräftigen, dass wir Interreg-Projekte auch für die nächste Bewilligungsphase unterstützen.

«Bei einem Unfall in Mühleberg sind wir genauso betroffen wie bei einem in Fessenheim.»

Wie läuft die Kooperation mit den Behördenvertretern der Oberrheinkonferenz?

Besser. Wir haben jetzt für die Säule Politik der trinationalen Metropolregion Oberrhein einen Runden Tisch eingerichtet, an dem wir die Zusammenarbeit institutionalisieren.

Was haben Sie sich für Ihre Präsident-

schaft vorgenommen?

Meine Schwerpunktthemen haben wir teilweise schon angesprochen. Es sind die Beurteilung der AKW-Standorte, das Thema erneuerbare Energien sowie die Vernetzung der Naturschutzgebiete – ich habe seit Jahren für das Naturschutzgebiet Petite Camargue Alsacienne gekämpft. Ausserdem will ich mich für ein grenzübergreifendes U-Abo einsetzen. Ich habe mich über die Basler Regierung geärgert, die dies als vollkommen unrealistisch bezeichnet hat, und möchte den Gegenbeweis antreten. Es gibt keinen Grund, warum wir das erfolgreiche Modell nicht auf die drei Länder ausdehnen könnten.